

auf 6.600 Übernahmen gestiegen. Eva-Maria Hofstätter, seit fünf Jahren im Merchandising erfolgreich, hat seit ihrer Betriebsgründung nicht immer nur rosige Zeiten erlebt: „Man hat am Anfang eine Idee, ist begeistert, doch es fehlt das Geld. Doch in Zeiten von Basel II ist den Banken eine gute Idee und ein guter Businessplan zu wenig. Viele Kreditanträge werden abgelehnt. Wie sollen JungunternehmerInnen zu Krediten kommen? Aus meiner Sicht muss die Politik endlich handeln, wenn sie auch weiterhin mutige Menschen haben will, die ihr eigenes Business aufziehen, Jobs schaffen und damit zur Wertschöpfung beitragen!“

Im SPÖ-Wahlmanifest ist dazu einiges zu lesen. So will die SPÖ eine Auffangholding sowie eine Gründungsholding für zukunfts-rächtige Branchen und Unternehmungen schaffen. Zudem wollen sie den Zugang zu privatem und öffentlichem Risikokapital verbessern und durch gezielte Beratung und Beseitigung unnötiger bürokratischer Hürden Unternehmensgründungen erleichtern. Finanzstaatssekretär Matznetter kritisch dazu: „Wir hatten mit der ÖVP

vereinbart, dass wir die Einrichtung eines Stabilitätsfonds überprüfen, um vor allem den KleinstunternehmerInnen Risikokapital zur Verfügung stellen zu können. Die Neuwahlen haben uns jetzt einen Strich durch die Rechnung gemacht, aber ich hoffe im Interesse der Selbstständigen sehr, dass es nach der Nationalratswahl am 28. September 2008 die

„In der City sperren immer mehr Traditionsunternehmen zu, weil sie keinen Betriebsnachfolger finden. Bei einem Wechsel des Geschäftsinhabers erhöhen die Vermieter die Lokalmiete derart, dass es sich nur mehr die großen Handelsketten und die internationalen Konzerne leisten können, ein Lokal in der Wiener Innenstadt zu mieten.“ Geschirrhändler Billfried Tazreiter

Möglichkeit gibt, dies zu überprüfen und auch umzusetzen.“

FAIRE MIETEN. Viele Betriebsübernahmen scheitern deshalb, weil sich die Übernehmer die Mieten nicht leisten können. Geschirrhändler Billfried Tazreiter aus der Wiener Innenstadt: „In der City sperren immer mehr Traditionsunternehmen zu, weil sie keinen Betriebsnachfolger finden. Bei einem Wechsel des Geschäftsinhabers erhöhen die Vermieter die Lokalmieten derart, dass es sich nur mehr die großen Handelsketten und die internationalen

Konzerne leisten können, ein Lokal in der Wiener Innenstadt zu mieten. Klein- und Mittelbetriebe haben hier gar keine Chance mitzuhalten.“ Die SPÖ will sich für faire Mieten einsetzen. „Geschäftsmieten sollen nicht über Gebühren angehoben werden dürfen“, so der Wiener SP-Mietensprecher Kurt Stürzenbecher zu dieser Frage.

AUS- UND WEITERBILDUNG. „Wenn ich mir was von der Politik wünsche, dann, dass meine Lehrlinge eine ordentliche Schulausbildung erhalten, bevor sie zu mir in den Betrieb kommen. Die Situation ist aus meiner Sicht derzeit mehr als unzureichend“, beschwert sich Ernst Graft, Vorsitzender der Sparte Gewerbe und Handwerk im SWV. Die Ergebnisse der jüngsten Pisa-Studie geben ihm Recht. Fast jeder dritte heimische Jugendliche gehört zu einer Risikogruppe. „Schade, dass die ‚neue Mittelschule‘ nur in einigen Regionen kommt. Die ÖVP hat sich leider wieder

WAS BRAUCHEN EPU?



Martina Schubert, Geschäftsführerin FO.FO.S – Forum zur Förderung der Selbstständigkeit und Buchautorin von Büchern für EPU.

Für die rund 200.000 EinpersonnenunternehmerInnen (inkl. Neue Selbstständige) wäre es ein Fortschritt, als eigenständige Zielgruppe im Regierungsprogramm definiert zu werden. EPU haben in vielen Bereichen andere Bedürfnisse als Arbeitgeberbetriebe. Um spezifische Probleme von EPU adäquat zu bedienen, wäre es aus meiner Sicht denkbar, EPU in allen Statistiken als eigene Gruppe auszuweisen. Derzeit sind sie mit Betrieben mit 1–9 Angestellten in einer

Kategorie zusammengefasst. Aufgabe der neuen Regierung müsste es sein, mangelnde Auftragslagen bzw. geringe Honorare von EPU zu thematisieren. Selbstständige arbeiten mehr und verdienen weniger als Angestellte. Laut Arbeitskräfteerhebung 2006 arbeiten Unselbstständige durchschnittlich knapp 38 Stunden pro Woche, Selbstständige knapp 52 Stunden.

Unselbstständige verdienen dabei laut Einkommensbericht für das Jahr 2003 24.063 Euro, ausschließlich Selbstständige 10.900 Euro.

Da rund die Hälfte aller EPU nicht ausreichend von ihrer Tätigkeit leben kann, sind Lösungen auf Systemebene gefragt, um die drastische Einkommenssituation zu verbessern. Geringverdienende zahlen prozentuell höhere Sozialversicherungsbeiträge als Gutverdienende. Wie im Steuerrecht könnten z. B. die ersten

10.000 Euro beitragsfrei gestellt werden. Die Abschaffung des 20-prozentigen Selbstbehalts wäre ebenfalls zu überlegen. Das innovative Potenzial von EPU gilt es vermehrt zu nutzen und zu fördern. Ein fairer Platz in der Wertschöpfungskette ist erstrebenswert. Passende Förderungen mit wenig bürokratischem Aufwand wären hilfreich.

Da die meisten EPU personell nicht wachsen werden, ist es sinnvoll, Unterstützungsleistungen danach zu differenzieren, ob sie personell wachsen wollen bzw. können oder eben nicht. Wünschenswert wäre auch eine Forcierung von Teilzeit-Selbstständigkeit als sanfter Einstieg in die Selbstständigkeit. Förderungen im Bereich Weiterbildung sollten neben den Angestellten und Arbeitslosen auch EPU berücksichtigen.